

Hausgemachte Probleme im Globalen Dorf. Ein globaler Krieg kennt keine innenpolitischen Grenzen

Die Londoner „Gatorate Verschwörung“ hat erneut die weltweiten Alarmglocken schellen lassen. Neben der persönlichen Angst um die individuelle Sicherheit, rechtfertigen das Komplott zur Flugzeugentführung erneut staatliche Einschränkungen der persönlichen Freiheit im Namen der inneren Sicherheit. Vergessen war die Kritik an Tony Blairs Regierung und durch britische Gerichte festgestellte Rechtswidrigkeit seiner Antiterrorgesetze. In Amerika gewann George W. Bushs Politik fünf Prozent an Zustimmung zu seiner Politik und nachdem man den in Pakistan festgesetzten Rashid Rauf als Drahtzieher und Schlüsselfigur deklarierte, galt auch Pakistan erneut als „wichtigster Bündnispartner außerhalb der NATO“, wie einst Bush formulierte.

Die Londoner „Gatorate Verschwörung“ hat erneut die weltweiten Alarmglocken schellen lassen. Neben der persönlichen Angst um die individuelle Sicherheit rechtfertigt das Komplott zur Flugzeugentführung erneut staatliche Einschränkungen der persönlichen Freiheit im Namen der inneren Sicherheit. Vergessen war die Kritik an Tony Blairs Regierung und durch britische Gerichte festgestellte Rechtswidrigkeit seiner Antiterrorgesetze. In Amerika gewann George W. Bushs Politik fünf Prozent an Zustimmung zu seiner Politik und nachdem man den in Pakistan festgesetzten Rashid Rauf als Drahtzieher und Schlüsselfigur deklarierte, galt auch Pakistan erneut als „wichtigster Bündnispartner außerhalb der NATO“, wie einst Bush formulierte. So zweifelhaft der Zeitpunkt der Festnahmen erscheinen – Blair, Bush und Musharraf lenkten von innenpolitischen Problemen auf außenpolitische Erfolge –, so fraglich erschienen die Informationen über den mutmaßlichen Anschlagversuch. Elf der 23 Festgesetzten in England sind bereits wieder auf freiem Fuß – so auch Rashid Raufs Bruder Tayib. Bei allen offenen Fragen weisen jedoch die Ermittlungen erneut auf Pakistan, die in diesem Land agierenden Terrororganisationen und die damit in Verbindung gebrachten Koranschulen.

1947, dem Jahr der Gründung Pakistans, gab es 247 Koranschulen. Der Minister für religiöse Angelegenheiten, Ijazul Haq, geht im Juli 2005 von 11.782 Mahdrassen aus. Koranschulen sind private Einrichtungen, die Geld sammeln, Spenden erhalten und Bildung anbieten. Laut Aussagen des Entwicklungshilfeprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) sind 51,3 Prozent der Erwachsenen und 64,5 Prozent der Kinder unter 15 Jahren Analphabeten. Nur 35 Prozent der schulpflichtigen Kinder bekommen eine Ausbildung. Auch in diesen Schulen gehört der Jihad, der heilige Krieg, zum Kurrikulum, gelehrt durch externe Geistliche aus den Koranschulen. Die Koranschulen selbst bilden häufig die einzige Bildungsalternative für die Familien, die sich Schulgebühren, -bücher und -uniformen nicht leisten können. Der Inhalt der Bildung bemisst sich dabei nach den Parteien oder Organisationen, die die Mahdrassen betreiben. 10 Prozent werden durch die fundamentalistische Partei des Islam (*Jamaat e Islami*) und 8.000 – bzw. 68 Prozent – werden durch die Geistliche betrieben, die der Deobandi Schule angehören, jener Interpretation, des Islam, der die Taliban in Afghanistan folgen. Für den Großteil der Koranschulen ist damit Jihad, eine praktische Frage, der die militärische Ausbildung mit umfasst. Die-

se findet nicht notwendig in den Koranschulen, wohl aber in den vielen Ausbildungslagern terroristischer Vereinigungen in Pakistan statt.

Nach den Anschlägen vom 7. Juli 2005 in London, wo erstmals die Spur unmittelbar nach Pakistan führte, forderte die Zentralregierung in Islamabad die Registrierung der Koranschulen. Ein Jahr nach dieser Forderung sind erst 75 Prozent registriert und keiner der 1.400 an ihnen lernenden Ausländer wurde ausgewiesen. Musharraf beschrieb die Nachsicht der Regierung mit den Koranschulen im Juli 2005 so: „Wir gehen mit dieser Frage in Übereinstimmung mit dem pakistanischen Milieu, mit sehr viel Vermittlung, Verständnis und Realismus um.“ Pakistanischer Realismus bedeutet auch ein Bildungsbudget von 1,8 Prozent gegenüber Militär- und Sicherheitsausgaben von bis zu 40 Prozent des Haushaltes. Fehlende Bildungschancen führen dazu, dass Koranschulen das einzige lokale Bildungsangebot stellen. Ihre Nähe zum Extremismus führt zur Toleranz gegenüber dem Terrorismus und in extremen Fällen zur dessen Anerkennung als politisches Mittel.

Die nationale Halbherzigkeit Pakistans wird so zum internationalen Problem, ist aber der innenpolitische Preis, den Musharraf für seine außenpolitischen Erfolge zu zahlen hat. Amerikas Antiterrorkampf hat in den Augen der pakistanischen Bevölkerung einen anti-Muslimischen Charakter. Um internationale Mitglied eines Krieges mit anti-Muslimischer Agenda sein zu können, hat Musharraf national islamistische Kräfte gestärkt und deren Ziele unterstützt. In der Nordwestgrenzprovinz regiert das islamistische Parteienbündnis der Vereinigten Aktionsfront (*Muttahida Majlis-e-Islami*). In Belutschistan regiert sie gemeinsam mit der Musharraf auf Bundesebene unterstützenden Fraktion der Pakistanischen Muslimliga. Die Agenda von Militär und Islamisten überschneidet sich so bei der durch Terror zu erkämpfenden Integration des von Indien verwalteten Teils der umstrittenen Provinz Jammu und Kaschmir in Pakistan, die Errichtung eines Gottesstaates mit unmittelbarer Geltung der Scharia in manchen Provinzen sowie die Ausbreitung sozialer und Bildungsaktivitäten islamistischer Vereine und Stiftungen als Auffangbecken und Ausgangspunkt für den heiligen Krieg. Eine Radikalisierung der pakistanischen Gesellschaft ist somit nicht ausschließlich das Ergebnis desillusionierter Jugendlicher oder einer Jihadi-Tradition in Pakistan, sondern findet auch ihren Nährboden in der Politik der USA und ihres regionalen Verbündeten, General Pervez Musharraf. *Nils Rosemann*